

Anzeige

schwäbische
IMMO
schwäbische.de/immo

Trauer um Chefredakteur Jürgen Mladek



RAVENSBURG – Die „Schwäbische Zeitung“ trauert um ihren Chefredakteur Jürgen Mladek.

Mladek ist am Mittwochmorgen in Ravensburg verstorben, vermutlich in Folge eines akuten Herz-Kreislauf-Vorfalles. „Die Redaktion und die gesamte Belegschaft der SV Gruppe stehen unter Schock und sind traurig über diesen Verlust“, sagt Lutz Schumacher, CEO von Schwäbisch Media. Mladek, Jahrgang 1968, kam nach einem Volontariat bei den „Fränkischen Nachrichten“ und Stationen bei zahlreichen ostdeutschen Medien im Jahr 2011 zur Nordkurier Medien-gruppe in Neubrandenburg (Mecklenburg-Vorpommern), die seit 2021 Teil der SV Gruppe ist. 2022 wechselte er als Chefredakteur innerhalb der Gruppe zur „Schwäbischen Zeitung“. Seit April war er zudem Vorsitzender des neu geschaffenen Editorial Boards. (sz) SÜDEN



FOTO: LINDA MIRELE/DPA

Mit Gewehren gegen Bären?

Erst am Mittwoch kam wieder eine traurige Nachricht aus Rumänien: Ein Braunbär hat eine 19-Jährige, die dort beim Wandern war, getötet. Doch während in den Karpaten gut 8000 der gefährlichen Raubtiere leben, sind sie hierzulande überaus selten. Dennoch hat nun die Oberallgäuer Landrätin Indra Baier-Müller die Gründung einer bewaffneten bayerischen Braunbärenbereitschaft verlangt. Die Kommunalpolitikerin von den Freien Wählern denkt, dass die Bärenpolizei jederzeit einsatzbereit sein müsse, falls hierzulande doch eines der Tiere auftaucht. (dpa) PANORAMA

Nicht in Detailfragen verlieren



Leitartikel

Stefan Fuchs

FOTO: SZ

Die Menschen im Südwesten sind unzufrieden mit der Bildungspolitik des Landes. Dieses Signal ist eindeutig und ein klarer Auftrag in Richtung Politik, mehr im Bildungssektor zu investieren. Es lohnt sich aber ein genauer Blick.

Auffällig ist an den Ergebnissen des BaWü-Checks, dass diejenigen, die direkt von den Entscheidungen aus Kultusministerium und Regierungspräsidien betroffen sind - die Eltern schulpflichtiger Kinder - etwas weniger unzufrieden sind, als die übrigen Befragten. Das und die immer noch vorhandene Zufriedenheit vieler mit den Schulen und den Lehrerinnen und Lehrern selbst zeigt: Im Grundsatz steht die Bildung im Südwesten noch immer auf einem soliden Fundament. Das gilt es allerdings zu erhalten, bevor es gänzlich zerbröckelt.

In Stuttgart wird dazu aus allen Richtungen viel diskutiert: über dreigliedrige Schulsysteme, verbindliche Grundschiefeempfehlungen oder das Ende des Werkrealschulabschlusses. All diese Debatten gelangen aber kaum zum Kern dessen, was sich die Eltern im Land wünschen: Ausreichend Personal für guten und umfassenden Unterricht. 62 Prozent der Bürger insgesamt und 59 Prozent der Eltern schulpflichtiger Kinder sehen den Lehrermangel als größtes Problem. Der Blick in Richtung Skandinavien zeigt außerdem: Wo mehr Lehrer für weniger Schüler zuständig sind, ist das Abschneiden bei Bildungsstudien deutlich besser.

Entscheidend ist schließlich nicht, welches Kind zu welchem Zeitpunkt an welcher Schule kaum Aufmerksamkeit bekommt. Viel wichtiger für den Lernerfolg ist, dass Zeit und Raum für individuelle Betreuung vorhanden sind. Dass aktuell massiv um Quereinsteiger in den Lehrerberuf geworben wird, kann daher nur ein Zwischenschritt sein. Langfristig muss der Job an der Tafel - oder heute am Whiteboard - deutlich attraktiver werden. s.fuchs@schwaebische.de

Schlechtes Zeugnis für die Schulpolitik

Von Ulrich Mendelin

Eine Mehrheit der Menschen in Baden-Württemberg sieht die Bildungspolitik der Landesregierung kritisch. Die Schulen selbst bekommen etwas bessere Noten.

RAVENSBURG – 37 Prozent der Bevölkerung bewerten die Arbeit von Grün-Schwarz im Bereich der Bildung als „weniger gut“, weitere 14 Prozent als „gar nicht gut“. Das geht aus dem aktuellen BaWü-Check hervor, der repräsentativen Allensbach-Umfrage im Auftrag der Tageszeitungen in Baden-Würt-

temberg. Nur 4 Prozent stellen der Arbeit der Landesregierung im Bildungsbereich ein „sehr gutes“ Zeugnis aus, 24 Prozent finden sie „gut“. 21 Prozent der Bürger trauen sich kein Urteil zu.

Befragt wurden auch speziell die Eltern schulpflichtiger Kinder. Unter ihnen weicht der Anteil der weniger oder gar nicht Zufriedenen mit 38 und 13 Prozent kaum vom Bevölkerungsdurchschnitt ab.

Hingegen ist der Anteil jener, die mit der grün-schwarzen Bildungspolitik zufrieden oder sehr zufrieden sind, mit 28 und 9 Prozent deut-

lich höher als in der Gesamtbevölkerung. Ein eigenes Urteil trauen sich unter den



FOTO: SV-GRAFIKI

Eltern nur 12 Prozent nicht zu.

Angesichts der kritischen Haltung zur Bildungspolitik fällt das Urteil über die Schulen selbst vergleichsweise milde aus. Auf die Frage, für wie gut sie die Schulen in Baden-Württemberg alles in allem halten, antworten 45 Prozent mit „nicht gut“ oder „schlecht“, während 47 Prozent sie als „gut“ oder sogar „sehr gut“ einschätzen. Unter den Eltern schulpflichtiger Kinder hat sogar eine knappe Mehrheit (53 Prozent) ein positives Bild von Schulen, während 42 Prozent ein negatives Bild haben. Der

Rest ist unentschieden. Als größte Probleme an Schulen nehmen Eltern, aber auch die Bevölkerung insgesamt, den Mangel an Lehrern, eine zunehmende Gewalt, nicht ausreichende Deutschkenntnisse von Schülern sowie eine schlechte digitale Ausstattung in den Klassenzimmern wahr.

Auch mangelnde Disziplin und die Integration von Flüchtlingskindern werden von vielen Menschen als Probleme wahrgenommen. Für die Herausforderungen des Lehrerberufs bringen die Befragten viel Respekt auf. LEITARTIKEL, SEITE DREI

Kampffjets für Kiew

Die Nato verspricht der Ukraine mehr Hilfe und liefert die lange versprochenen F-16-Kampfflugzeuge. Streit um die Beitrittsperspektive hält an.

Das westliche Verteidigungsbündnis macht Tempo bei der Ausrüstung der Ukraine mit Kampfflugzeugen: Der Transfer von F-16-Jets sei bereits im Gange, kündigten die USA, die Niederlande und Dänemark am Dienstag in einer gemeinsamen Erklärung am Rande des Nato-Gipfels in Washington an. Damit könnten die

Maschinen noch diesem Sommer zur Abwehr des russischen Angriffskrieges zum Einsatz kommen.

Das Bündnis sichert dem von Russland angegriffenen Land zudem zu, dass es auf seinem Weg ins Bündnis nicht mehr aufgehalten werden kann. In dem Text für die Abschlusserklärung des Spitzentreffens wird der Pfad zur Nato-Mitgliedschaft als „irreversibel“ bezeichnet. Im Text wird erneut betont, dass eine formelle Einladung zum Beitritt erst ausgesprochen werden kann, wenn alle Alliierten

zustimmen und alle Aufnahmebedingungen erfüllt sind.

Der Text ist ein Kompromiss, der die unterschiedlichen Positionen im Bündnis zum Nato-Beitrittsprozess abbildet. Die Perspektive für die Ukraine ist innerhalb der Allianz seit Langem ein Streitthema. So lehnen es Länder wie Deutschland und die USA ab, in der derzeitigen Situation eine formelle Einladung zum Beitritt auszusprechen. Grund ist die Sorge, dass ein solcher Schritt zu einer weiteren Eskalation des Krieges führen könnte. (dpa) POLITIK

Heim wird immer teurer

Für Pflegebedürftige und ihre Familien steigen die finanziellen Belastungen seit Jahren. Der Trend setzt sich fort.

BERLIN – Die Eigenanteile für Menschen in Pflegeheimen sind erneut gestiegen. Wie eine am Mittwoch veröffentlichte Auswertung des Verbandes der Ersatzkassen (vdek) ergab, müssen Pflegebedürftige für das erste Aufenthaltsjahr derzeit durchschnittlich 2871 Euro pro Monat selbst bezahlen. Das sind 211 Euro mehr als ein Jahr zuvor. Der Verband und Verbraucherschützer forderten

die Ampel zum Gegensteuern auf.

Für das zweite Jahr stieg die monatliche Zuzahlung um 233 auf 2620 Euro. Im dritten Aufenthaltsjahr müssen 2284 Euro selbst gezahlt werden - 169 Euro mehr als im Vorjahr, im vierten 1865 Euro und damit 91 Euro mehr. Dass die Eigenbeteiligung mit zunehmender Aufenthaltsdauer geringer wird, ist durch die Zuschüsse der Pflegekasse begründet. Die steigen mit der Dauer an. Die von den Bedürftigen zu tragende Zuzahlung besteht aus Kosten für Unterkunft, Verpflegung, Investition und Personal. (AFP) WIRTSCHAFT

Deutlich weniger Autos verkauft

STUTTGART – Es läuft zäh für die deutsche Autoindustrie. Alle drei großen Konzerne haben am Mittwoch Absatzzahlen für das erste Halbjahr bekannt gegeben - im Plus liegt auf Konzernebene keiner von ihnen. Relativ glimpflich kamen BMW mit einem Minus von 0,1 Prozent auf 1,21 Millionen Autos und VW mit 0,6 Prozent Rückgang auf 4,35 Millionen davon. Mercedes-Benz büßte dagegen 6 Prozent auf 1,17 Millionen ein. Bei Volkswagen schwächeln vor allem die Kernmarke und Audi. (dpa) WIRTSCHAFT

Wetter

Auch heute steigen die Temperaturen wieder über die 25-Grad-Sommermarke. Teilweise Schauer oder Gewitter.

Börse

DAX: + 0,94%
Aktuell: 18.407,22 | Vortag: 18.236,19

Nr. 158 | E 1505



Wenn's nicht rund läuft

Unterm Strich

Unzweifelhaft hat Fußball etwas Politisches. Hier wie dort kann niemand einen Treffer landen, wenn's nicht rund läuft. Jedenfalls zeigen sich auf dem Rasen ähnliche Phänomene wie in der Politik. Nehmen wir den US-Präsidenten Joe Biden. Selbiger scheint aus der Blüte seiner jungen Jahre herausgewach-

sen zu sein, was ihn bisweilen etwas wunderbarlich erscheinen lässt. Trotzdem möchte er wieder antreten, was die Fans aus dem Lager der Demokraten nicht uneingeschränkt jubeln lässt.

Altersmäßig ist das, was Joe Biden für die US-Politik ist, Cristiano Ronaldo für den portugiesischen Fußball. Mit seinen 39 Jahren hat er zuletzt bei der Europameisterschaft nicht so richtig überzeugen können. Außer zu zeigen, dass echte Män-



Braucht mittlerweile jedweden Beistand: Joe Biden.

FOTO: MANUEL BALCE CENETA/DPA

ner auf dem Rasen weinen können, sei laut Expertenmeinung nicht viel rumgekommen. Und weil der Fußball in Portugal über Jahrzehnte sozusagen um Ronaldo herum konzipiert worden sei, wisse niemand genau, was passiert, wenn sich der Spieler gänzlich aus der Nationalmannschaft zurückzieht.

Womit wir wieder beim US-Präsidentenwahlkampf wären. Dort weiß auch niemand, was passie-

ren würde, wenn Joe Biden den Rasen der Weltpolitik verlässt. Der politische Nachwuchskader der Demokraten in den USA steht noch viel wackeliger da als jener im portugiesischen Fußball. In vier Jahren, zur Fußball-EM in Großbritannien und Irland, werden wir's wissen. Wo und ob Cristiano Ronaldo noch Fußball spielt. Und ob es Joe Biden noch in die politische Nachspielzeit geschafft hat. (nyf) untermstrich@schwaebische.de

Heute lesen Sie



FOTO: FABRICE COFFRINI/AFP

Thomas Müller

Nach 131 Länderspielen wird der 34-jährige Münchner seine DFB-Karriere beenden. SPORT